

**Rede
der Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 21

Erste Beratung
**Krankenhausversorgung in Niedersachsen sichern -
Spielräume der Krankenhausreform nutzen und
Krisenfestigkeit stärken**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/10667

während der Plenarsitzung vom 28.05.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist ja in der Politik häufig richtig und wichtig, über den richtigen Weg zu streiten und ich habe daher für Ihre Anträge, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, auch oft Verständnis. So wie gestern Nachmittag, als wir uns hier über die Versorgung mit Kinderärztinnen und -ärzten auseinandergesetzt haben.

In diesem Fall ist das leider anders, weil der vorliegende Antrag einfach nicht zur Lösung eines Problems beitragen möchte, sondern darauf abzielt, in einem Sachgebiet, in dem wir eigentlich sehr fachlich orientiert – auch über Partei- oder Fraktionsgrenzen hinweg – um den besten Weg ringen, einen Dissens zu konstruieren, den es nicht gibt, oder auch Aufforderungen an die Landesregierung zu richten, denen schon längst nachgegangen wird.

Das ist nicht nur falsch, es erschwert einfach den gesamten ohnehin schwierigen Prozess, die Krankenhausfinanzierung auf gesunde Füße zu stellen. Das ist schade und eigentlich auch überflüssig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie fordern zum Beispiel bei der Krankenhausplanung, die Sicherstellung der wohnortnahen Versorgung, die regionalen Besonderheiten, also zum Beispiel den ländlichen Raum zu berücksichtigen, so als ob das bis jetzt noch nie jemand getan hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mag es fast nicht mehr wiederholen – aber offenbar ist es auch notwendig, weil sonst einfach Behauptungen im Raum stehen bleiben, die so nicht stehen bleiben dürfen – aber es gab und hoffe es gibt nach der Enquetekommission zur medizinischen Versorgung einen sehr breiten Konsens darüber, dass wir Niedersachsen in Versorgungsregionen denken und dafür Sorge tragen wollen, dass wir in allen Versorgungsregionen eine gute medizinische Versorgung brauchen und gewährleisten wollen. Dazu stehen wir selbstverständlich.

Ich frage Sie deshalb: Was treibt Sie zu den Forderungen in diesem Antrag an?

Vor allem auch, weil Sie wissen, dass unser Gesundheitsminister Dr. Philippi genau dies tut, und zwar seit dem ersten Tag seines Amtes, und natürlich wird er das auch im Rahmen des Vorsitzes der Gesundheitsministerkonferenz tun. Da habe ich keinen Zweifel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber lassen Sie mich auch sagen, dass ich es nicht unproblematisch finde, wenn Sie die „Wohnortnähe“ pauschal fordern. Nein, ich finde es sogar ärgerlich, denn wir wissen alle, dass es bei der guten medizinischen Versorgung der Menschen vor allen Dingen um Know-how, um hochspezialisiertes Wissen und die Anwendung dieses Kenntnis geht. Und das wissen auch die Bürgerinnen und Bürger sehr genau, was man daran erkennen kann, dass sie bei geplanten OPs sehr bewusst entscheiden,

wo sie sich behandeln lassen. Und das ist auch sinnvoll und das muss nicht wohnortnah sein.

Und ich finde es auch unseriös, weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, immer die ersten sind, die zum Sparen auffordern, die Betten reduzieren wollen. Wirklich unseriös, meine Damen und Herren.

Und Sie wissen doch sehr genau, wie emotional die Debatte um einen Krankenhausstandort vor Ort geführt wird. Wenn Sie hier leichtfertig den Eindruck erwecken, man könnte alles haben – Wohnortnähe, hohe Qualität – und sparen, dann ist das für die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein Bärendienst und trägt nicht dazu bei, den Menschen das Verständnis für politische Entscheidungen zu vermitteln.

Ich frage Sie daher noch einmal: Was treibt Sie also zu diesen Forderungen an?

Wenn Sie mit diesem Antrag fordern, dass die Landesregierung sich unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz dafür einsetzen soll, dass die Bedarfe der Länder bei der Umsetzung der Krankenhausreform, beim Gesundheitssicherstellungsgesetz und bei weiteren relevanten Gesetzgebungsverfahren umfassend Berücksichtigung finden sollen, dann ist das wie Eulen nach Athen tragen. Gerade aus Niedersachsen kommen doch immer wieder gute und wichtige Impulse. Und soweit die Forderungen nicht ohnehin schon umgesetzt werden, da bleiben die Forderungen doch sehr allgemein und oberflächlich.

Wenn ich mir anschau, dass Sie fordern, das Pflegebudget zu reformieren, dann wissen Sie doch sehr genau dass dies bereits Gegenstand laufender bundespolitischer Debatten ist. Sowohl mit dem KHAG als auch mit dem geplanten GKV-Entlastungsgesetz wurden bereits Änderungen verabschiedet bzw. sind weitere Veränderungen geplant. Wenn auch nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten.

Kassen, Krankenhäuser und Pflegeverbände kritisieren jeweils unterschiedliche Aspekte der bisherigen Anpassungen. Den einen geht es nicht weit genug, den anderen zu weit, je nach Betrachtungsweise. Die eigentliche Herausforderung besteht also weniger darin abstrakt eine Reform zu fordern, als darin einen praxistauglichen Weg zu finden.

Dazu habe ich leider nichts in Ihrem Antrag finden können. Ich hoffe, wir sind uns darüber einig, dass eine Reform nicht zu Lasten der Pflegenden gehen darf. In den letzten Jahren ist es wirklich gelungen, mehr Menschen für diesen Beruf zu begeistern, das sollte nicht mutwillig aufs Spiel gesetzt werden.

Daher nochmal: Was treibt Sie also zu einer solchen Forderung an?

Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen: Ich habe bewusst darauf verzichtet, mit dem Finger auf den Bund zu zeigen, habe es vermieden, auf Zuständigkeiten hinzuweisen und auch auf die Verantwortung, die der Bund in alle diesen Fragen hat.

Die Menschen erwarten von uns Lösungen, und zwar gute und auch solche, die nicht die Kosten der Kassenbeiträge in die Höhe treiben. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten, statt mit einem Antrag den Versuch einer einseitigen Profilierung zu starten.

Und das ist ja wahrscheinlich auch die Antwort auf die Frage, was Sie zu diesen Forderungen angetrieben hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.